



Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

76. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 23. Dezember 2022

Nummer 48

Glied.- Nr.	Datum	Inhalt	Seite
203013	09.12.2022	Verordnung zur Änderung der Verordnung Qualifizierungsaufstieg	1082
20303	13.12.2022	Siebte Verordnung zur Änderung der Freistellungs- und Urlaubsverordnung NRW	1084
20320	06.12.2022	Zehnte Verordnung zur Änderung der Auslandskostenerstattungsverordnung	1084
2122	13.12.2022	Elfte Verordnung zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung Heilberufe	1094
2127	13.12.2022	Verordnung zur Regelung der Zuständigkeit nach § 4a Absatz 2 des Bestattungsgesetzes	1094
301	09.12.2022	Siebte Verordnung zur Änderung der eAkten-Einführungszeitpunktverordnung Straf- und Bußgeld- verfahren.	1097
320	12.12.2022	Zweite Verordnung zur Änderung der eAkten-Verordnung Sozialgerichtsbarkeit	1097
600	04.12.2022	Zwölfte Verordnung zur Änderung der Finanzamtszuständigkeitsverordnung	1099
74	13.12.2022	Bekanntmachung der Änderung der Satzung des AAV – Verband für Flächenrecycling und Altlasten- sanierung	1099
822	06.12.2022	Neunzehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Unfallkasse Nordrhein-Westfalen.	1100
93	13.12.2022	Siebte Verordnung zur Änderung der ÖPNV-Pauschalen-Verordnung.	1101
	07.12.2022	3. Änderung des Regionalplans Düsseldorf im Gebiet der Stadt Monheim am Rhein	1102

Hinweis:

Die Gesetz- und Verordnungsblätter des Landes NRW (GV. NRW.) und die Sammlung aller Gesetze und Verordnungen des Landes NRW (SGV. NRW.) sowie die Ministerialblätter für das Land NRW (MBl. NRW.) und die Sammlung der in Teil I des MBl. NRW. veröffentlichten Erlasse (SMBL. NRW.) stehen im Intranet des Landes NRW (<https://lv.recht.nrw.de>) und im Internet (<https://recht.nrw.de>) zur Verfügung.

203013

**Verordnung zur Änderung der
Verordnung Qualifizierungsaufstieg****Vom 9. Dezember 2022**

Auf Grund des § 7 Absatz 2 des Landesbeamtengesetzes vom 14. Juni 2016 (GV NRW. S. 310, ber. S. 642) verordnet das Ministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen:

Artikel 1

Die Verordnung Qualifizierungsaufstieg vom 13. Juni 2017 (GV NRW. S. 641) wird wie folgt geändert:

1. Dem § 1 wird folgender Absatz 5 angefügt:

„(5) Die Regelungen des Neunten Buches Sozialgesetzbuch vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3234) in der jeweils geltenden Fassung, im Folgenden SGB IX, und der Richtlinie zur Durchführung der Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (SGB IX) im öffentlichen Dienst im Land Nordrhein-Westfalen vom 11. September 2019 (MBL NRW. S. 418) in der jeweils geltenden Fassung bleiben unberührt.“

2. § 6 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nach dem Wort „Prüfungsfächern“ wird das Wort „zweistündige“ gestrichen.

bb) Der Punkt am Ende wird durch die Wörter „, für die jeweils zwei Zeitstunden anzusetzen sind.“ ersetzt.

b) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Die einweisende Dienststelle bestimmt eine mit der Einweisung betraute Person.“

bb) Folgender Satz wird angefügt:

„Diese Person leitet die Beamtin oder den Beamten an, informiert sie oder ihn sowie die Beschäftigungsdienststelle regelmäßig und ausreichend über den Ausbildungsstand, beurteilt die Beamtin oder den Beamten zum Ende der Qualifizierung und führt das Beurteilungsgespräch.“

3. § 10 wird wie folgt geändert:

a) Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„Hauptamtlich Lehrende der Bildungsträger können auch Mitglied des Prüfungsausschusses sein, wenn sie nicht Beamtin oder Beamter sind.“

b) Nach Absatz 5 wird folgender Absatz 6 eingefügt:

„(6) Scheidet ein Mitglied oder ein stellvertretendes Mitglied aus, ist für die verbleibende Amtszeit des Prüfungsausschusses eine Neuberufung vorzunehmen.“

c) Die bisherigen Absätze 6 bis 8 werden die Absätze 7 bis 9.

4. In § 11 Absatz 2 wird das Wort „Prüflinge“ durch die Wörter „zu prüfende Personen“ ersetzt und vor dem Wort „Prüfung“ wird das Wort „praktischen“ eingefügt.

5. § 12 wird wie folgt geändert:

a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Die Beratung und Abstimmung über das Prüfungsergebnis erfolgt unter Ausschluss aller Personen, die nicht Mitglied des jeweiligen Prüfungsausschusses sind.“

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Die Wörter „der Prüfling“ werden durch die Wörter „die zu prüfende Person“ ersetzt.

bb) Folgender Satz wird angefügt:

„Die Regelungen des § 13 Absatz 1 bleiben unberührt.“

6. § 13 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift wird das Wort „Prüflinge“ durch die Wörter „zu prüfende Personen“ ersetzt.

b) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Zu prüfenden Personen mit Behinderungen sowie zu prüfenden Personen, die eine krankheitsbedingte Beeinträchtigung zum Zeitpunkt der Prüfung aufweisen, ohne prüfungsunfähig zu sein, ist für die Teilnahme an Prüfungen vom Landesprüfungsamt ein Nachteilsausgleich zu gewähren, der ihrer Behinderung oder krankheitsbedingten Beeinträchtigung angemessen ist. Zu prüfende Personen mit Behinderungen legen die erforderlichen Bescheinigungen über Art und Umfang ihrer Behinderung vor, sofern sie Erleichterungen im Rahmen der Prüfung in Anspruch nehmen wollen. Zu prüfende Personen, die eine krankheitsbedingte Beeinträchtigung zum Zeitpunkt der Prüfung aufweisen, legen ein ärztliches Zeugnis vor. Art und Umfang des Nachteilsausgleichs sind mit ihnen zu erörtern. Der Nachteilsausgleich darf nicht zu einer qualitativen Herabsetzung der Prüfungsanforderungen insgesamt führen. Die Schwerbehindertenvertretung hat bei der praktischen Prüfung von zu prüfenden Personen mit Behinderungen ein Teilnahmerecht. Das Teilnahmerecht erstreckt sich nicht auf die Beratung über das Prüfungsergebnis. Die Schwerbehindertenvertretung ist im Einvernehmen mit der zu prüfenden Person zur unverzüglichen Rüge von Verfahrensfehlern gegenüber dem Landesprüfungsamt berechtigt. § 178 SGB IX bleibt unberührt.“

c) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Absatz 1 gilt entsprechend für die Anfertigung der Klausuren während der Qualifizierung gemäß § 6 Absatz 3.“

7. § 15 wird wie folgt geändert:

a) Dem Absatz 1 werden folgende Sätze angefügt:

„Anstelle einer schriftlichen Arbeit kann die Prüfung in elektronischer Form durchgeführt werden. In diesem Fall gelten die Regelungen zu den schriftlichen Arbeiten sinngemäß.“

b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Das Landesprüfungsamt bestimmt die Prüfungstermine und gibt die vier Prüfungsfächer gemeinsam mit der Zulassungsentscheidung spätestens zehn Tage vor den Prüfungsterminen bekannt.“

c) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Wörter „schriftlichen Aufgaben“ durch das Wort „Prüfungsarbeiten“ ersetzt und wird das Wort „Prüflinge“ durch die Wörter „zu prüfenden Personen“ ersetzt.

bb) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Bei jeder Prüfungsarbeit sind die Hilfsmittel, die benutzt werden dürfen, anzugeben.“

cc) Folgender Satz wird angefügt:

„Die zu prüfenden Personen sind auf die Folgen von Täuschungshandlungen und Ordnungsverstößen gemäß § 20 hinzuweisen.“

d) In Absatz 5 Satz 2 werden nach dem Wort „Niederschrift“ die Wörter „nach Muster des Landesprüfungsamtes“ eingefügt.

8. § 16 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „Prüferinnen oder Prüfern“ durch die Wörter „Mitgliedern des Prüfungsausschusses“ ersetzt.

b) In Absatz 3 Satz 2 werden die Wörter „mit Stimmenmehrheit“ durch die Wörter „nach Maßgabe des § 10 Absatz 7“ ersetzt.

9. § 17 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die praktische Prüfung gliedert sich in ein Fachgespräch mit einem Mitglied des Prüfungsausschusses über eine von der zu prüfenden Person vorbereitete praktische Aufgabe und ein Prüfungsgespräch mit dem Prüfungsausschuss. In der praktischen Prüfung soll die zu prüfende Person den Nachweis erbringen, dass sie Sachverhalte erfasst, Fragestellungen zielorientiert bearbeitet, Lösungsansätze entwickelt und in berufstypischen Situationen angemessen kommunizieren und kooperieren kann. Das Fachgespräch ist in freier Rede zu führen. Stichwortartige Notizen sind zulässig. Fach- und Prüfungsgespräch sollen insgesamt nicht länger als 30 Minuten dauern. Die Dauer des Prüfungsgesprächs soll dabei 15 Minuten nicht überschreiten. Der zu prüfenden Person ist eine Vorbereitungszeit von 30 Minuten zur Vorbereitung der praktischen Aufgabe zu gewähren. Das Fachgespräch soll sich auf ein Prüfungsfach beziehen.“

b) Absatz 2 Satz 2 wird aufgehoben.

c) In Absatz 3 Satz 1 wird das Wort „Prüflingen“ durch die Wörter „zu prüfenden Personen“ ersetzt.

d) Absatz 5 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Wörter „Dozentinnen und Dozenten“ durch das Wort „Dozierende“ ersetzt.

bb) Folgender Satz wird angefügt:

„Die Regelungen des § 12 Absatz 2 bleiben unberührt.“

e) In Absatz 6 Satz 2 werden die Wörter „des Prüflings“ durch die Wörter „der zu prüfenden Person“ ersetzt.

10. § 18 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird das Wort „Prüflingen“ durch die Wörter „zu prüfenden Personen“ ersetzt.

b) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Die Prüfung ist bestanden, wenn mindestens die Gesamtnote „ausreichend“ erreicht ist. Im Übrigen ist die Prüfung insgesamt nicht bestanden.“

11. § 19 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „Prüflinge“ durch die Wörter „zu prüfende Personen“ ersetzt.

b) In Absatz 2 wird das Wort „Prüflinge“ durch die Wörter „zu prüfenden Personen“ ersetzt.

c) In Absatz 4 Satz 1 und Absatz 5 Satz 1 wird jeweils das Wort „Prüflinge“ durch die Wörter „zu prüfende Personen“ ersetzt.

12. § 20 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird das Wort „Prüflinge“ durch die Wörter „Zu prüfende Personen“ ersetzt.

bb) In Satz 2 werden die Wörter „ein Prüfling“ durch die Wörter „eine zu prüfende Person“ ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Wörter „des Prüflings“ durch die Wörter „der zu prüfenden Person“ ersetzt.

bb) Satz 3 wird aufgehoben.

c) In Absatz 3 werden die Wörter „der Prüfling“ durch die Wörter „die zu prüfende Person“ ersetzt.

13. § 21 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Über den Verlauf der praktischen Prüfung und über die Feststellung des Gesamtergebnisses der Prüfung ist eine Niederschrift zu fertigen. Sie ist von den Mitgliedern des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen.“

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Die Wörter „nach Anlage 3“ werden gestrichen.

bb) Folgender Satz wird angefügt:

„Das Prüfungszeugnis enthält

a) die Personalien der zu prüfenden Person,

b) die Bezeichnung der Aufstiegsprüfung „Aufstiegsprüfung für das erste Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 des allgemeinen Verwaltungsdienstes nach § 8 der Verordnung über den Qualifizierungsaufstieg in die Laufbahngruppe 2 des allgemeinen Verwaltungsdienstes im Land Nordrhein-Westfalen“,

c) das Gesamtergebnis der Prüfung,

d) das Datum des Bestehens der Prüfung,

e) die Unterschrift des vorsitzenden Mitgliedes des Prüfungsausschusses und

f) das Siegel des Landesprüfungsamtes.“

c) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Über das Nichtbestehen der Prüfung erlässt das Landesprüfungsamt einen Bescheid.“

14. § 23 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird das Wort „Prüflinge“ durch die Wörter „zu prüfenden Personen“ ersetzt und werden die Wörter „Abschluss des Qualifizierungsverfahrens“ durch die Wörter „Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses“ ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird das Wort „Prüfungsakten“ durch die Wörter „Prüfungsarbeiten und Niederschriften nach § 15“ ersetzt.

bb) In Satz 2 wird die Angabe „Anlage 2“ durch die Angabe „§ 21“ ersetzt.

15. § 24 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 5 werden nach dem Wort „Prüfungszeugnis“ die Wörter „enthält die inhaltlich entsprechenden Angaben“ eingefügt und die Wörter „entspricht inhaltlich der Anlage 3“ gestrichen.

b) In Nummer 6 wird die Angabe „Absatz 4 Satz 1“ durch die Angabe „Absatz 2 und 4 Satz 1“ ersetzt.

16. § 25 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift wird das Wort „Außerkräfttreten“ gestrichen.

b) Die Sätze 2 und 3 werden aufgehoben.

17. Die Anlagen 2 und 3 werden aufgehoben.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.

Düsseldorf, den 9. Dezember 2022

Der Minister des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen
Herbert Reul

Die Ministerin für Heimat, Kommunales,
Bau und Digitalisierung
des Landes Nordrhein-Westfalen
Ina Scharrenbach

20303

Siebte Verordnung zur Änderung der Freistellungs- und Urlaubsverordnung NRW

Vom 13. Dezember 2022

Auf Grund des § 71 Satz 2 und des § 72 Absatz 1 des Landesbeamtengesetzes vom 14. Juni 2016 (GV. NRW. S. 310, ber. S. 642) in Verbindung mit § 2 Absatz 2 des Landesrichter- und Staatsanwältegesetzes vom 8. Dezember 2015 (GV. NRW. S. 812) verordnet die Landesregierung:

Artikel 1

Änderung der Freistellungs- und Urlaubsverordnung

Die Freistellungs- und Urlaubsverordnung NRW vom 10. Januar 2012 (GV. NRW. S. 2, ber. S. 92), die zuletzt durch Artikel 45 des Gesetzes vom 1. Februar 2022 (GV. NRW. S. 122) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 33 wird wie folgt geändert:

a) Dem Absatz 1 werden folgende Sätze angefügt:

„Abweichend von Satz 7 kann Beamtinnen und Beamten für das Jahr 2023 ohne Berücksichtigung der Jahresarbeitsentgeltgrenze zur Betreuung eines Kindes in Fällen nach Satz 2 Nummer 6 bei Erkrankungen oder bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 45 Absatz 2a Satz 3 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch für den dort vorgesehenen Zeitraum Urlaub im Umfang der in § 45 Absatz 2a des Fünften Buches Sozialgesetzbuch vorgesehenen Arbeitstage gewährt werden, soweit keine andere im Haushalt lebende Person zur Betreuung zur Verfügung steht und dienstliche Gründe nicht entgegenstehen. Ein Nachweis über die pandemiebedingte Zugangseinschränkung zum Betreuungsangebot ist gegenüber dem Dienstherrn zu erbringen. Urlaub für Kinderbetreuung nach Satz 1 sowie Satz 2 Nummer 6 und 8 ist auf den maximal zulässigen Umfang nach Satz 10 anzurechnen.“

b) In Absatz 3 Satz 2 Nummer 2 wird die Angabe „§ 1“ durch die Angabe „§ 9“ ersetzt.

2. Dem § 40 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) § 59 Absatz 1 des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045) in der jeweils geltenden Fassung findet entsprechende Anwendung.“

Artikel 2

Weitere Änderung der Freistellungs- und Urlaubsverordnung

In der Freistellungs- und Urlaubsverordnung NRW vom 10. Januar 2012 (GV. NRW. S. 2, ber. S. 92), die zuletzt durch Artikel 1 dieser Verordnung geändert worden ist, wird § 33 Absatz 1 Satz 10 bis 12 aufgehoben.

Artikel 3

Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 am 1. Januar 2023 in Kraft.

(2) Artikel 2 tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Düsseldorf, den 13. Dezember 2022

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident

Hendrik W ü s t

Der Minister des Innern

Herbert R e u l

20320

Zehnte Verordnung zur Änderung der Auslandskostenerstattungsverordnung

Vom 6. Dezember 2022

Auf Grund des § 14 Absatz 2 des Landesreisekostengesetzes vom 1. Dezember 2021 (GV. NRW. S. 1367) verordnet das Ministerium der Finanzen:

Artikel 1

In der Auslandskostenerstattungsverordnung vom 18. Mai 2009 (GV. NRW. S. 411), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 6. Mai 2022 (GV. NRW. S. 771) geändert worden ist, erhält die Anlage die aus dem Anhang zu dieser Verordnung ersichtliche Fassung.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.

Düsseldorf, den 6. Dezember 2022

Der Minister der Finanzen
des Landes Nordrhein-Westfalen

Dr. Marcus O p t e n d r e n k

Anlage zu § 3 Absatz 1 Auslandskostenerstattungsverordnung

Stand 1.1.2023

Land/Ort	Auslandstagegeld			Auslandsübernachtungsgeld	
	mindestens 24 Stunden abwesend	weniger als 24 aber mehr als 11 Stunden abwesend	mehr als 8 bis 11 Stunden abwesend	bis zu ...Euro mit Nachweis*)	ohne Nachweis
	€	€	€	€	€
1	2	3	4	5	6
Afghanistan	25	20	10	95	30
Ägypten	41	33	16	112	30
Albanien	22	18	9	112	30
Algerien	39	31	16	120	30
Andorra	34	27	14	91	30
Angola	43	34	17	299	30
Äquatorialguinea	30	24	12	166	30
Argentinien	29	23	12	113	30
Armenien	20	16	8	59	30
Aserbaidshan	36	29	14	88	30
Äthiopien	32	26	13	130	30
Australien - Canberra	42	34	17	158	30
Australien - Sydney	56	45	22	184	30
Australien - im Übrigen	42	34	17	158	30
Bahrain	40	32	16	153	30
Bangladesch	41	33	16	165	30
Barbados	43	34	17	165	30
Belgien	49	39	20	141	30
Benin	43	34	17	115	30
Bolivien	38	30	15	108	30
Bosnien und Herzegowina	19	15	8	75	30
Botsuana	38	30	15	176	30

Land/Ort	Auslandstagegeld			Auslandsübernachtungsgeld	
	mindestens 24 Stunden abwesend	weniger als 24 aber mehr als 11 Stunden abwesend	mehr als 8 bis 11 Stunden abwesend	bis zu ...Euro mit Nachweis*	ohne Nachweis
	€	€	€	€	€
1	2	3	4	5	6
Brasilien - Brasilia	47	38	19	127	30
Brasilien - Rio de Janeiro	47	38	19	145	30
Brasilien - Sao Paulo	44	35	18	132	30
Brasilien - im Übrigen	42	34	17	84	30
Brunei	43	34	17	106	30
Bulgarien	18	14	7	115	30
Burkina Faso	31	25	12	174	30
Burundi	30	24	12	138	30
Chile	36	29	14	154	30
China - Chengdu	34	27	14	131	30
China - Hongkong	61	49	24	145	30
China -Kanton	30	24	12	150	30
China - Peking	25	20	10	185	30
China - Shanghai	48	38	19	217	30
China - im Übrigen	40	32	16	112	30
Costa Rica	39	31	16	93	30
Côte d'Ivoire	49	39	20	166	30
Dänemark	62	50	25	183	30
Dominikanische Republik	37	30	15	147	30
Dschibuti	54	43	22	305	30
Ecuador	22	18	9	103	30
El Salvador	54	43	22	161	30
Eritrea	41	33	16	91	30
Estland	24	19	10	85	30
Fidschi	28	22	11	69	30
Finnland	41	33	16	136	30

Land/Ort	Auslandstagegeld			Auslandsübernachtungsgeld	
	mindestens 24 Stunden abwesend	weniger als 24 aber mehr als 11 Stunden abwesend	mehr als 8 bis 11 Stunden abwesend	bis zu ...Euro mit Nachweis*	ohne Nachweis
	€	€	€	€	€
1	2	3	4	5	6
Frankreich - Paris sowie die Départements der Île de France **)	48	38	19	159	30
Frankreich - im Übrigen	44	35	18	105	30
Gabun	43	34	17	183	30
Gambia	33	26	13	161	30
Georgien	29	23	12	88	30
Ghana	38	30	15	148	30
Griechenland - Athen	33	26	13	139	30
Griechenland - im Übrigen	30	24	12	150	30
Guatemala	28	22	11	90	30
Guinea	38	30	15	118	30
Guinea-Bissau	26	21	10	113	30
Haiti	48	38	19	130	30
Honduras	47	38	19	198	30
Indien - Bangalore	35	28	14	155	30
Indien - Chennai	26	21	10	85	30
Indien - Kalkutta	29	23	12	145	30
Indien - Mumbai	41	33	16	146	30
Indien - Neu Delhi	31	25	12	185	30
Indien - im Übrigen	26	21	10	85	30
Indonesien	30	24	12	134	30
Iran	27	22	11	196	30
Irland	48	38	19	129	30
Island	51	41	20	187	30
Israel	55	44	22	190	30
Italien - Mailand	37	30	15	158	30
Italien - Rom	33	26	13	135	30

Land/Ort	Auslandstagegeld			Auslandsübernachtungsgeld	
	mindestens 24 Stunden abwesend	weniger als 24 aber mehr als 11 Stunden abwesend	mehr als 8 bis 11 Stunden abwesend	bis zu ...Euro mit Nachweis*	ohne Nachweis
	€	€	€	€	€
1	2	3	4	5	6
Italien - im Übrigen	33	26	13	135	30
Jamaika	47	38	19	138	30
Japan - Tokio	55	44	22	233	30
Japan - im Übrigen	43	34	17	190	30
Jemen	20	16	8	95	30
Jordanien	47	38	19	134	30
Kambodscha	31	25	12	94	30
Kamerun	41	33	16	180	30
Kanada - Ottawa	39	31	16	142	30
Kanada - Toronto	42	34	17	161	30
Kanada - Vancouver	41	33	16	140	30
Kanada - im Übrigen	39	31	16	134	30
Kap Verde	25	20	10	105	30
Kasachstan	37	30	15	111	30
Katar	46	37	18	149	30
Kenia	42	34	17	219	30
Kirgisistan	22	18	9	74	30
Kolumbien	38	30	15	115	30
Kongo, Republik	51	41	20	215	30
Kongo, Demokratische Republik	58	46	23	190	30
Korea, Demokratische Volksrepublik	23	18	9	92	30
Korea, Republik	40	32	16	108	30
Kosovo	20	16	8	71	30
Kroatien	29	23	12	107	30
Kuba	38	30	15	228	30
Kuwait	46	37	18	241	30

Land/Ort	Auslandstagegeld			Auslandsübernachtungsgeld	
	mindestens 24 Stunden abwesend	weniger als 24 aber mehr als 11 Stunden abwesend	mehr als 8 bis 11 Stunden abwesend	bis zu ...Euro mit Nachweis*	ohne Nachweis
	€	€	€	€	€
1	2	3	4	5	6
Laos	27	22	11	96	30
Lesotho	23	18	9	104	30
Lettland	29	23	12	76	30
Libanon	49	39	20	123	30
Libyen	52	42	21	135	30
Liechtenstein	46	37	18	190	30
Litauen	21	17	8	109	30
Luxemburg	52	42	21	139	30
Madagaskar	28	22	11	87	30
Malawi	34	27	14	109	30
Malaysia	30	24	12	86	30
Malediven	43	34	17	170	30
Mali	31	25	12	120	30
Malta	38	30	15	114	30
Marokko	35	28	14	129	30
Marshallinseln	52	42	21	102	30
Mauretanien	29	23	12	86	30
Mauritius	45	36	18	220	30
Mexiko	40	32	16	177	30
Moldau, Republik	21	17	8	73	30
Monaco	43	34	17	187	30
Mongolei	22	18	9	92	30
Montenegro	26	21	10	85	30
Mosambik	31	25	12	146	30
Myanmar	29	23	12	155	30
Namibia	25	20	10	112	30

Land/Ort	Auslandstagegeld			Auslandsübernachtungsgeld	
	mindestens 24 Stunden abwesend	weniger als 24 aber mehr als 11 Stunden abwesend	mehr als 8 bis 11 Stunden abwesend	bis zu ...Euro mit Nachweis*	ohne Nachweis
	€	€	€	€	€
1	2	3	4	5	6
Nepal	30	24	12	126	30
Neuseeland	46	37	18	153	30
Nicaragua	38	30	15	105	30
Niederlande	39	31	16	122	30
Niger	35	28	14	131	30
Nigeria	38	30	15	182	30
Nordmazedonien	22	18	9	89	30
Norwegen	66	53	26	182	30
Oman	53	42	21	141	30
Österreich	33	26	13	108	30
Pakistan - Islamabad	19	15	8	238	30
Pakistan - im Übrigen	28	22	11	122	30
Palau	42	34	17	179	30
Panama	34	27	14	82	30
Papua-Neuguinea	49	39	20	159	30
Paraguay	31	25	12	108	30
Peru	28	22	11	143	30
Philippinen ***)	27	22	11	116	30
Polen - Breslau	27	22	11	117	30
Polen - Danzig	25	20	10	84	30
Polen - Krakau	22	18	9	86	30
Polen - Warschau	24	19	10	109	30
Polen - im Übrigen	24	19	10	60	30
Portugal	26	21	10	111	30
Ruanda	36	29	14	117	30
Rumänien - Bukarest	26	21	10	92	30

Land/Ort	Auslandstagegeld			Auslandsübernachtungsgeld	
	mindestens 24 Stunden abwesend	weniger als 24 aber mehr als 11 Stunden abwesend	mehr als 8 bis 11 Stunden abwesend	bis zu ...Euro mit Nachweis*	ohne Nachweis
	€	€	€	€	€
1	2	3	4	5	6
Rumänien - im Übrigen	22	18	9	89	30
Russische Föderation - Jekaterinburg	23	18	9	84	30
Russische Föderation - Moskau	25	20	10	110	30
Russische Föderation - St. Petersburg	21	17	8	114	30
Russische Föderation - im Übrigen	20	16	8	58	30
Sambia	31	25	12	105	30
Samoa	32	26	13	105	30
San Marino	28	22	11	79	30
São Tomé und Príncipe	39	31	16	80	30
Saudi Arabien - Djidda	47	38	19	181	30
Saudi Arabien - Riad	46	37	18	186	30
Saudi Arabien - im Übrigen	46	37	18	181	30
Schweden	55	44	22	140	30
Schweiz - Genf	55	44	22	186	30
Schweiz - im Übrigen	53	42	21	180	30
Senegal	35	28	14	190	30
Serbien	22	18	9	97	30
Sierra Leone	40	32	16	161	30
Simbabwe	37	30	15	140	30
Singapur	45	36	18	197	30
Slowakische Republik	27	22	11	121	30
Slowenien	31	25	12	126	30
Spanien - Barcelona	28	22	11	118	30
Spanien - Kanarische Inseln	33	26	13	115	30
Spanien - Madrid	33	26	13	118	30
Spanien - Palma de Mallorca	29	23	12	121	30

Land/Ort	Auslandstagegeld			Auslandsübernachtungsgeld	
	mindestens 24 Stunden abwesend	weniger als 24 aber mehr als 11 Stunden abwesend	mehr als 8 bis 11 Stunden abwesend	bis zu ...Euro mit Nachweis*	ohne Nachweis
	€	€	€	€	€
1	2	3	4	5	6
Spanien - im Übrigen	28	22	11	115	30
Sri Lanka	35	28	14	100	30
Sudan	27	22	11	195	30
Südafrika - Kapstadt	27	22	11	130	30
Südafrika - Johannesburg	30	24	12	129	30
Südafrika - im Übrigen	24	19	10	109	30
Südsudan	28	22	11	150	30
Syrien	31	25	12	140	30
Tadschikistan	22	18	9	118	30
Taiwan	38	30	15	143	30
Tansania	36	29	14	97	30
Thailand	31	25	12	110	30
Togo	32	26	13	118	30
Tonga	32	26	13	94	30
Trinidad und Tobago ***)	37	30	15	177	30
Tschad	53	42	21	163	30
Tschechische Republik	26	21	10	77	30
Türkei - Istanbul	21	17	8	120	30
Türkei - Izmir	24	19	10	55	30
Türkei - im Übrigen	14	11	6	95	30
Tunesien	33	26	13	115	30
Turkmenistan	27	22	11	108	30
Uganda	34	27	14	143	30
Ukraine	21	17	8	98	30
Ungarn	26	21	10	85	30
Uruguay	40	32	16	90	30

Land/Ort	Auslandstagegeld			Auslandsübernachtungsgeld	
	mindestens 24 Stunden abwesend	weniger als 24 aber mehr als 11 Stunden abwesend	mehr als 8 bis 11 Stunden abwesend	bis zu ...Euro mit Nachweis*	ohne Nachweis
	€	€	€	€	€
1	2	3	4	5	6
Usbekistan	28	22	11	104	30
Vatikanstaat	43	34	17	160	30
Venezuela	37	30	15	127	30
Vereinigte Arabische Emirate	54	43	22	156	30
Vereinigte Staaten von Amerika (USA) - Atlanta	64	51	26	182	30
Vereinigte Staaten von Amerika (USA) - Boston	52	42	21	333	30
Vereinigte Staaten von Amerika (USA) - Chicago	54	43	22	233	30
Vereinigte Staaten von Amerika (USA) - Houston	51	41	20	204	30
Vereinigte Staaten von Amerika (USA) - Los Angeles	53	42	21	262	30
Vereinigte Staaten von Amerika (USA) - Miami	54	43	22	256	30
Vereinigte Staaten von Amerika (USA) - New York City	55	44	22	308	30
Vereinigte Staaten von Amerika (USA) - San Francisco	49	39	20	327	30
Vereinigte Staaten von Amerika (USA) - Washington, D. C.	55	44	22	203	30
Vereinigte Staaten von Amerika (USA) - im Übrigen	49	39	20	182	30
Vereinigtes Königreich von Groß- britannien und Nordirland - London	55	44	22	163	30
Vereinigtes Königreich von Groß- britannien und Nordirland - im Übrigen	43	34	17	99	30
Vietnam	34	27	14	86	30
Weißrussland	16	13	6	98	30
Zentralafrikanische Republik	38	30	15	74	30
Zypern	35	28	14	125	30

*) Darüber hinaus Erstattung gemäß § 3 Abs. 1 Satz 3 AKEVO.

**) Hierzu zählen die Départements 75 – Paris, 77 – Seine-et-Marne, 78 – Yvelines, 91 – l'Essonne, 92 – Hauts-de-Seine, 93 – Seine-Saint-Denis, 94 – Val-de-Marne, 95 – Val-d'Oise

***) Die für die Philippinen festgesetzten Beträge gelten auch für Mikronesien.

****) Die für Trinidad und Tobago festgesetzten Beträge gelten auch für die zu dessen Amtsbezirk gehörenden Staaten Antigua und Barbuda, Dominica, Grenada, Guyana, St. Kitts und Nevis St. Lucia, St. Vincent und Grenadinen sowie Suriname.

2122

**Elfte Verordnung zur Änderung
der Zuständigkeitsverordnung Heilberufe****Vom 13. Dezember 2022**

Auf Grund des § 5 Absatz 2 und 3 Satz 1 des Landesorganisationsgesetzes vom 10. Juli 1962 (GV. NRW. S. 421), von denen Absatz 2 durch § 97 Nummer 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 1976 (GV. NRW. S. 438) neu gefasst und Absatz 3 Satz 1 durch Artikel 10 Nummer 3 des Gesetzes vom 9. Mai 2000 (GV. NRW. S. 462) geändert worden sind, hinsichtlich Absatz 3 Satz 1 nach Anhörung des fachlich zuständigen Ausschusses des Landtags, verordnet die Landesregierung:

Artikel 1

Die Zuständigkeitsverordnung Heilberufe vom 20. Mai 2008 (GV. NRW. S. 458), die zuletzt durch Verordnung vom 25. März 2022 (GV. NRW. S. 425) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 5 wird folgender Absatz 6 eingefügt:

„(6) Zuständige Behörde zur Beurteilung, ob Antragsstellende über die für die Ausübung des Berufs der Psychologischen Psychotherapeutin oder des Psychologischen Psychotherapeuten oder der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin oder des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten oder der Psychotherapeutin oder des Psychotherapeuten erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen, ist für Anträge, die nach dem 31. Dezember 2022 gestellt worden sind, die Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen.“

b) Die bisherigen Absätze 6 bis 8 werden die Absätze 7 bis 9.

2. § 6 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird der Punkt am Ende durch die Wörter „, soweit nicht in Absatz 4 etwas anderes geregelt ist.“ ersetzt.

b) In Absatz 2 Satz 2 werden nach dem Wort „Ausbildungsstätten“ die Wörter „soweit nicht in Absatz 4 etwas anderes geregelt ist“ eingefügt.

c) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Die Bezirksregierung Münster ist die zuständige Behörde für:

1. die Anerkennung von Berufsabschlüssen, die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, in einem durch Abkommen gleichgestellten Staat oder in Drittstaaten erworben wurden, für die in den Absätzen 2 und 7 sowie in § 5 Absatz 1 genannten Berufe mit Ausnahme der Entscheidung über die Führung der Berufsbezeichnung einschließlich der dafür erforderlichen Sprachprüfung,
2. die Nachprüfung der Berufsqualifikationen von Dienstleistenden gemäß Artikel 7 Absatz 4 der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 22; L 271 vom 16.10.2007, S. 18; L 93 vom 4.4.2008, S. 28; L 33 vom 3.2.2009, S. 49; L 305 vom 24.10.2014, S. 115; L 177 vom 8.7.2015, S. 60; L 268 vom 15.10.2015, S. 35; L 95 vom 9.4.2016, S. 20) in der jeweils geltenden Fassung auch für die Berufe, die der automatischen Anerkennung unterliegen, und die Ausstellung und den Widerruf des Europäischen Berufsausweises im Rahmen der Dienstleistungserbringung und im Rahmen der Berufsanerkennung sowie die Erteilung der Bescheinigung bei beabsichtigter Dienstleistungserbringung in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, in anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder in gleichgestellten Staaten,

3. die Information der Inhaberin oder des Inhabers eines Europäischen Berufsausweises nach § 4 Absatz 3 und § 4 Absatz 4 des Gesetzes über den Europäischen Berufsausweis,

4. die Erteilung einer Bescheinigung nach Kapitel III. Abschnitt 3 und 6 der Richtlinie 2005/36/EG, dass die in Deutschland ausgestellten Nachweise über die geforderten Ausbildungsvoraussetzungen den in der Richtlinie 2005/36/EG verlangten Nachweisen entsprechen und für die Erteilung einer Bescheinigung über das Qualifikationsniveau nach Artikel 11 der Richtlinie 2005/36/EG,

5. die Ausgabe elektronischer Heilberufsausweise und elektronischer Berufsausweise sowie für die Ausgabe der Komponenten zur Authentifizierung von Leistungserbringerinstitutionen an Angehörige der Berufsgruppen nach § 340 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb und Buchstabe b des Fünften Buches Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Krankenversicherung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988, BGBl. I S. 2477, 2482) in der jeweils geltenden Fassung, wobei die Regelungen des Heilberufsgesetzes vom 9. Mai 2000 (GV. NRW. S. 403), das zuletzt durch Gesetz vom 25. März 2022 (GV. NRW. S. 417) geändert worden ist, hiervon unberührt bleiben sowie

6. die Entscheidung über die Anerkennung und Überwachung von mit staatlichen oder staatlich anerkannten Einrichtungen vergleichbaren Einrichtungen zur Durchführung von Anpassungslehrgängen nach den in Absatz 2 und in § 5 Absatz 1 genannten Gesetzen.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.

Düsseldorf, den 13. Dezember 2022

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident

Hendrik W ü s t

Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Karl-Josef L a u m a n n

– GV. NRW. 2022 S. 1094

2127

**Verordnung zur Regelung der Zuständigkeit
nach § 4a Absatz 2 des Bestattungsgesetzes****Vom 13. Dezember 2022**

Auf Grund des § 4a Absatz 2 des Bestattungsgesetzes vom 17.06.2003 (GV. NRW. S. 313), der zuletzt durch Artikel 71 des Gesetzes vom 1. Februar 2022 (GV. NRW. S. 122) geändert worden ist, und des § 5 Abs. 2 des Landesorganisationsgesetzes vom 10. Juli 1962 (GV. NRW. S. 421), der zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Dezember 2020 (GV. NRW. S. 1238) geändert worden ist, verordnet die Landesregierung:

§ 1**Zuständigkeit nach § 4a Absatz 2
des Bestattungsgesetzes**

Zuständig für die Anerkennung einer Organisation als Zertifizierungsstelle nach § 4a Absatz 2 des Bestattungsgesetzes ist das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen.

§ 2**Inkrafttreten**

Die Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 13. Dezember 2022

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident

Hendrik W ü s t

Die Ministerin für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration

Josefine P a u l

Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Karl-Josef L a u m a n n

Der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten,
Internationales sowie Medien und
Chef der Staatskanzlei

Nathanael L i m i n s k i

– GV. NRW. 2022 S. 1094

301

**Siebte Verordnung zur Änderung der
eAkten-Einführungszeitpunktverordnung
Straf- und Bußgeldverfahren**

Vom 9. Dezember 2022

Auf Grund des § 32 Absatz 2 der Strafprozeßordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, 1319), der durch Artikel 1 Nummer 2 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) eingefügt worden ist, sowie auf Grund des § 110a Absatz 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), der zuletzt durch Artikel 8 Nummer 13 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) neu gefasst worden ist, jeweils in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Ermächtigung des Ministeriums der Justiz zum Erlass von Rechtsverordnungen zur elektronischen Aktenführung in Ordnungswidrigkeitsverfahren, Strafverfahren und Strafvollzugsverfahren vom 10. März 2020 (GV. NRW. S. 182) verordnet das Ministerium der Justiz:

Artikel 1

In der eAkten-Einführungszeitpunktverordnung Straf- und Bußgeldverfahren vom 19. Januar 2021 (GV. NRW. S. 130), die zuletzt durch Verordnung vom 4. August 2022 (GV. NRW. S. 877) geändert worden ist, erhält die Anlage die aus dem Anhang zu dieser Verordnung ersichtliche Fassung.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.

Düsseldorf, den 9. Dezember 2022

Der Minister der Justiz
des Landes Nordrhein-Westfalen

Dr. Benjamin L i m b a c h

Anlage

Gericht/Staatsanwaltschaft
Staatsanwaltschaft Aachen
Staatsanwaltschaft Arnsberg
Staatsanwaltschaft Bonn
Staatsanwaltschaft Duisburg
Staatsanwaltschaft Essen
Staatsanwaltschaft Köln
Staatsanwaltschaft Siegen
Staatsanwaltschaft Wuppertal
Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf
Generalstaatsanwaltschaft Köln
Amtsgericht Aachen
Amtsgericht Arnsberg
Amtsgericht Bergisch Gladbach
Amtsgericht Brilon
Amtsgericht Duisburg
Amtsgericht Düren
Amtsgericht Eschweiler
Amtsgericht Essen
Amtsgericht Euskirchen
Amtsgericht Gelsenkirchen
Amtsgericht Gummersbach
Amtsgericht Leverkusen
Amtsgericht Meschede
Amtsgericht Mettmann
Amtsgericht Mülheim an der Ruhr
Amtsgericht Oberhausen
Amtsgericht Olpe
Amtsgericht Solingen
Amtsgericht Velbert
Amtsgericht Waldbröl
Amtsgericht Wipperfürth
Amtsgericht Wuppertal
Landgericht Aachen
Landgericht Duisburg
Landgericht Wuppertal
Oberlandesgericht Düsseldorf
Oberlandesgericht Köln

320

**Zweite Verordnung zur Änderung der
eAkten-Verordnung Sozialgerichtsbarkeit****Vom 12. Dezember 2022**

Auf Grund des § 65b Absatz 1 Satz 2 bis 5 des Sozialgerichtsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1975 (BGBl. I S. 2535), dessen Sätze 2 bis 4 durch Artikel 4 Nummer 3 des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837) eingefügt worden sind und dessen Satz 5 zuletzt durch Artikel 18 Nummer 2 Buchstabe a des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) geändert worden ist, in Verbindung mit § 1 Absatz 2 Satz 1 des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen vom 26. Januar 2010 (GV. NRW. S. 30), der zuletzt durch Gesetz vom 23. Februar 2022 (GV. NRW. S. 254) geändert worden ist, verordnet das Ministerium der Justiz:

Artikel 1

In der eAkten-Verordnung Sozialgerichtsbarkeit vom 30. März 2021 (GV. NRW. S. 395), die durch Verordnung vom 6. April 2022 (GV. NRW. S. 458) geändert worden ist, erhält die Anlage die aus dem Anhang zu dieser Verordnung ersichtliche Fassung.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. Februar 2023 in Kraft.

Düsseldorf, den 12. Dezember 2022

Der Minister der Justiz
des Landes Nordrhein-Westfalen

Dr. Benjamin L i m b a c h

Anlage

Nr.	Gericht
1.	Sozialgericht Aachen
2.	Sozialgericht Düsseldorf
3.	Sozialgericht Gelsenkirchen
4.	Sozialgericht Münster

600

Zwölfte Verordnung zur Änderung der Finanzamtszuständigkeitsverordnung

Vom 4. Dezember 2022

Auf Grund des § 17 Absatz 1 und 2 Satz 3 und 4 des Finanzverwaltungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. April 2006 (BGBl. I S. 846, 1202), von denen Absatz 2 Satz 3 durch Artikel 14 des Gesetzes vom 2. November 2015 (BGBl. I S. 1834) neu gefasst worden ist, in Verbindung mit § 18 Absatz 4g Satz 1 des Umsatzsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Februar 2005 (BGBl. I S. 386), der durch Artikel 12 Nummer 5 des Gesetzes vom 21. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3096) eingefügt worden ist, verordnet das Ministerium der Finanzen:

Artikel 1

Die Finanzamtszuständigkeitsverordnung vom 17. Juni 2013 (GV. NRW. S. 350), die zuletzt durch Verordnung vom 11. November 2022 (GV. NRW. S. 963) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Nach der Angabe zu § 2 wird folgende Angabe eingefügt:
„§ 2a Besteuerung des Landes Nordrhein-Westfalen“.
 - b) Die Angabe zu § 18 wird wie folgt gefasst:
„§ 18 Spielbankabgabe, Online-Casinospielsteuer, Gewinnabgabe“.
 - c) In der Angabe zu § 19 wird nach der Angabe „Lohnsteuer“ die Angabe „(ZALST)“ eingefügt.
 - d) Nach der Angabe zu § 23 wird folgende Angabe eingefügt:
„§ 23a Prüfungszuständigkeit in Fällen des § 2a“.
 - e) Nach der Angabe zu § 29 werden folgende Angaben eingefügt:
„§ 30 Analyseeinheit Risikoorientierte Ermittlungen im Bereich der Steueraufsicht
§ 31 Zuständigkeit für länderübergreifenden Abruf und Verwendung von Daten zur Verhütung, Ermittlung und Verfolgung von Steuerverkürzungen
§ 32 Inkrafttreten“.
2. Nach § 2 wird folgender § 2a eingefügt:

„§ 2a

Besteuerung des Landes Nordrhein-Westfalen

Für die Umsatzbesteuerung sowie für die Besteuerung der ertragsteuerlichen Betriebe gewerblicher Art des Landes Nordrhein-Westfalen ist abweichend von § 2 das Finanzamt Borken zuständig. Davon ausgenommen ist die Besteuerung des Finanzamts Borken, für die das Finanzamt Lüdinghausen als örtlich zuständige Finanzbehörde bestimmt wird.“

3. Nach § 23 wird folgender § 23a eingefügt:

„§ 23a

Prüfungszuständigkeit in Fällen des § 2a

Abweichend von den §§ 21 bis 23 ist für die Anordnung und Durchführung der Außenprüfung, ausgenommen Lohnsteuerußenprüfung und Umsatzsteuersonderprüfung, in Fällen des § 2a das Finanzamt für Groß- und Konzernbetriebsprüfung Krefeld zuständig.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.

Düsseldorf, den 4. Dezember 2022

Der Minister der Finanzen
des Landes Nordrhein-Westfalen
Dr. Marcus O p t e n d r e n k

– GV. NRW. 2022 S. 1099

74

Bekanntmachung der Änderung der Satzung des AAV – Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung

Vom 13. Dezember 2022

Aufgrund der §§ 7 Absatz 1 Satz 2, 8, 12 Absatz 2 Nr. 1 des Gesetzes über die Gründung des Verbandes zur Sanierung und Aufbereitung von Altlasten (Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetz Nordrhein-Westfalen – AAVG) vom 26. November 2002 (GV. NRW. S. 571), geändert durch Artikel 24 des Gesetzes vom 1. Februar 2022 (GV. NRW. S. 122) hat die Delegiertenversammlung am 24. November 2022 die folgende Änderung der Satzung beschlossen, die hiermit gemäß § 8 Absatz 4 AAVG bekannt gemacht wird:

Artikel 1

Die Satzung des AAV – Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung vom 1. April 2003 (GV. NRW. S. 218, ber. S. 231), die durch Satzung vom 16. Dezember 2013 (GV. NRW. S. 843) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In § 1 Abs. 2 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Worte „oder elektronisch“ eingefügt.
 - b) In § 1 Abs. 4 Satz 2 werden nach dem Wort „schriftliche“ die Worte „oder elektronische“ eingefügt.
2. § 5 wird wie folgt geändert:

In § 5 Abs. 1 Satz 4 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Worte „oder elektronisch“ eingefügt.
3. § 13 Abs. 1 Satz 2, 1. Halbsatz wird wie folgt neu gefasst:
„Ein Antrag kann schriftlich oder elektronisch gestellt werden und muss mindestens enthalten:“

Artikel 2

Die Satzungsänderung tritt am Tage nach der Bekanntmachung im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen in Kraft.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetz Nordrhein-Westfalen gegen die Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn

1. eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
2. die Satzung ist nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht worden,
3. die Aufsichtsbehörde hat den Beschluss der Delegiertenversammlung vorher beanstandet,
4. der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber dem Verband vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Die vorstehende, mit Erlass des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen vom 7.12.2022 – Az.: IV-161.01.04.01 AAV – gemäß § 8 Abs. 2 AAVG genehmigte Änderung der Satzung wird hiermit gemäß § 8 Abs. 4 AAVG bekannt gemacht.

Hattingen, den 13.12.2022

Der Geschäftsführer
Dr. A r n z

Genehmigung

Die vorstehende Änderung der Satzung des AAV – Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung wird hiermit gemäß § 8 Absatz 2 AAVG genehmigt.

Düsseldorf, den 7.12.2022

Das Ministerium
für Umwelt, Naturschutz und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen

Im Auftrag
Valentini

– GV. NRW. 2022 S. 1099

822

Neunzehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Unfallkasse Nordrhein-Westfalen

Vom 6. Dezember 2022

Die Vertreterversammlung der Unfallkasse Nordrhein-Westfalen hat in ihrer Sitzung am 6. Dezember 2022 in Düsseldorf gemäß § 33 Absatz 1 Satz 1 und § 34 Absatz 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung – in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. November 2009 (BGBl. I S. 3710, 3973; 2011 I S. 363) folgende Satzungsänderung beschlossen:

Artikel 1

Die Satzung der Unfallkasse Nordrhein-Westfalen vom 28. November 2007 (GV. NRW. S. 621, ber. 2008 S. 54), die zuletzt durch Satzung vom 7. Dezember 2021 (GV. NRW. S. 1442, ber. 2022, 45) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 4 Satz 2 Nummer 22 Satz 1 wird wie folgt gefasst:
„22. Personen, die nach § 218g Absatz 3 SGB VII kraft Gesetzes versichert sind, soweit die Unfallkasse zuständig ist.“
2. § 22 Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 wird nach der Angabe „§ 1 Absatz 1 Satz 3“ das Wort „werden“ durch das Wort „wird“ ersetzt und werden nach den Wörtern „ein Rentenausschuss“ die Wörter „Feuerwehren und ein weiterer Rentenausschuss“ gestrichen.
 - b) In Satz 2 wird nach den Wörtern „Den Rentenausschüssen“ das Wort „Feuerwehren“ gestrichen und werden nach den Wörtern „übertragenen Aufgaben nach Absatz 2“ die Wörter „in Versicherungsfällen der Feuerwehren, den weiteren Rentenausschüssen alle übrigen Aufgaben nach Absatz 2“ gestrichen.
 - c) Satz 4 wird wie folgt gefasst:
„Den jeweiligen Rentenausschüssen übertragene Aufgaben nach Absatz 2 in Versicherungsfällen nach § 4 Satz 2 Nummer 9 werden von Mitgliedern wahrgenommen, die auf Vorschlag des Feuerwehrausschusses bestellt worden sind.“
3. § 23 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Satz 1 wird wie folgt gefasst:
„An den beiden Standorten der Regionaldirektionen im Sinne von § 1 Absatz 1 Satz 3 wird jeweils ein Widerspruchsausschuss gebildet.“
 - b) In Satz 2 wird nach den Wörtern „Den Widerspruchsausschüssen“ das Wort „Feuerwehren“ gestrichen und werden nach den Wörtern „übertragenen Aufgaben nach Absatz 1“ die Wörter „in Versicherungsfällen der Feuerwehren, den weiteren Widerspruchsausschüssen alle übrigen Aufgaben nach Absatz 1“ gestrichen.
 - c) Satz 4 wird wie folgt gefasst:
„Den jeweiligen Widerspruchsausschüssen übertragene Aufgaben nach Absatz 1 werden in Versicherungsfällen nach § 4 Satz 2 Nummer 9 von Mitgliedern wahrgenommen, die auf Vorschlag des Feuerwehrausschusses bestellt worden sind.“

4. Nach § 25 Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:
„Die Unterstützungspflicht gilt auch für Maßnahmen im Zusammenhang mit einer Berufskrankheit (§ 9 SGB VII), die darauf zielen, dass einem individuellen gesundheitlichen Risiko am Arbeitsplatz begegnet wird (Individualprävention).“

5. In § 26 Absatz 1 und Absatz 2 wird jeweils das Wort „schriftlich“ gestrichen.

6. Im Anhang zu § 27 wird § 3 Absatz 4 wie folgt geändert:

- a) Tabellenzeile 1.13 wird wie folgt gefasst:

„1.13	Personen, die nach § 218g Absatz 3 SGB VII kraft Gesetzes versichert sind, soweit die Unfallkasse zuständig ist und sofern keine Beitragsfreiheit besteht	§ 218g Absatz 3 SGB VII“
-------	---	--------------------------

- b) Tabellenzeile 2.15 wird wie folgt gefasst:

„2.15	Personen, die eine Tätigkeit nach § 218g Absatz 3 SGB VII in einem Impfzentrum im Sinne der Coronavirus-Impfverordnung oder einem dort angegliederten mobilen Impfteam ausüben, sofern Beitragsfreiheit besteht und soweit die Unfallkasse für die Betreiberin oder den Betreiber des Impfzentrums oder des dort angegliederten mobilen Impfteams zuständig ist	§ 130 SGB IV, § 218g Absatz 3 SGB VII“
-------	---	--

Artikel 2

Diese Satzungsänderung tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.

Düsseldorf, den 6. Dezember 2022

Der stellv. Vorsitzende der Vertreterversammlung
Martin Biewald

Der Vorsitzende des Vorstandes
Uwe Meyerinck

GENEHMIGUNG

Die von der Vertreterversammlung der Unfallkasse Nordrhein-Westfalen am 6. Dezember 2022 beschlossene Neunzehnte Änderung der Satzung der Unfallkasse Nordrhein-Westfalen wird gemäß § 34 Absatz 1 SGB IV i.V.m. § 114 Absatz 2 SGB VII genehmigt.

Düsseldorf, 9.12.2022

Siegel

III B 1 – 2022-0014396

Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes
Nordrhein-Westfalen

Im Auftrag
Brigitte Nentwig

Siebte Verordnung zur Änderung der ÖPNV-Pauschalen-Verordnung

Vom 13. Dezember 2022

Auf Grund des § 11 Absatz 1 Satz 3 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen vom 7. März 1995 (GV. NRW. S. 196), der zuletzt durch Gesetz vom 15. Dezember 2016 (GV. NRW. S. 1157) geändert worden ist, verordnet das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr im Einvernehmen mit dem Verkehrsausschuss des Landtags:

Artikel 1

Die ÖPNV-Pauschalen-Verordnung vom 18. Dezember 2012 (GV. NRW. S. 677), die zuletzt durch Verordnung vom 19. Januar 2022 (GV. NRW. S. 48) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 1 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Nummer 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Buchstabe a wird die Angabe „628 124 060,37“ durch die Angabe „628 469 925,60“ ersetzt.
 - bb) In Buchstabe b wird die Angabe „625 081 136,38“ durch die Angabe „631 251 886,59“ ersetzt.
 - b) Nummer 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Buchstabe a wird die Angabe „446 995 170,20“ durch die Angabe „448 003 141,58“ ersetzt.
 - bb) In Buchstabe b wird die Angabe „452 222 335,49“ durch die Angabe „462 316 916,40“ ersetzt.
2. § 3 wird wie folgt gefasst:

„§ 3

Verteilung der ÖPNV-Pauschale

Die ÖPNV-Pauschale nach § 11 Absatz 2 ÖPNVG NRW wird wie folgt verteilt:

1. Ennepe-Ruhr-Kreis: 1 886 131,14 Euro
2. Hochsauerlandkreis: 1 327 187,16 Euro
3. Kreis Borken: 897 094,36 Euro
4. Kreis Coesfeld: 669 307,61 Euro
5. Kreis Düren: 1 061 780,62 Euro
6. Kreis Euskirchen: 678 595,58 Euro
7. Kreis Gütersloh: 849 102,32 Euro
8. Kreis Heinsberg: 979 539,54 Euro
9. Kreis Herford: 646 322,91 Euro
10. Kreis Höxter: 748 908,55 Euro
11. Kreis Kleve: 622 083,44 Euro
12. Kreis Lippe: 898 335,67 Euro
13. Kreis Mettmann: 2 196 356,99 Euro
14. Kreis Minden-Lübbecke: 704 705,18 Euro
15. Kreis Olpe: 520 487,36 Euro
16. Kreis Paderborn: 717 238,44 Euro
17. Kreis Recklinghausen: 3 000 002,57 Euro
18. Kreis Siegen-Wittgenstein: 1 334 953,55 Euro
19. Kreis Soest: 1 090 292,45 Euro
20. Kreis Steinfurt: 1 159 903,59 Euro
21. Kreis Unna: 1 523 763,17 Euro
22. Kreis Viersen: 790 343,42 Euro
23. Kreis Warendorf: 770 617,64 Euro
24. Kreis Wesel: 1 344 312,76 Euro
25. Märkischer Kreis: 2 179 492,85 Euro
26. Oberbergischer Kreis: 1 154 539,57 Euro
27. Rhein-Erft-Kreis: 1 442 003,21 Euro
28. Rheinisch-Bergischer Kreis: 1 649 731,91 Euro
29. Rhein-Kreis Neuss: 1 285 231,34 Euro
30. Rhein-Sieg-Kreis: 3 662 382,07 Euro
31. Stadt Aachen: 1 837 028,59 Euro
32. Stadt Ahlen: 105 235,54 Euro
33. Stadt Bad Salzuflen: 182 864,41 Euro
34. Stadt Bielefeld: 3 850 655,33 Euro
35. Stadt Bocholt: 208 469,99 Euro
36. Stadt Bochum: 4 502 594,45 Euro
37. Stadt Bonn: 5 020 175,01 Euro
38. Stadt Bottrop: 766 116,64 Euro
39. Stadt Brühl: 137 679,85 Euro
40. Stadt Bünde: 126 010,59 Euro
41. Stadt Detmold: 481 822,60 Euro
42. Stadt Dormagen: 240 928,84 Euro
43. Stadt Dortmund: 6 709 676,19 Euro
44. Stadt Duisburg: 3 998 650,28 Euro
45. Stadt Düsseldorf: 11 791 533,84 Euro
46. Stadt Essen: 6 324 930,00 Euro
47. Stadt Euskirchen: 301 252,04 Euro
48. Stadt Geldern: 56 884,03 Euro
49. Stadt Gelsenkirchen: 2 420 074,47 Euro
50. Stadt Goch: 54 705,62 Euro
51. Stadt Greven: 125 415,85 Euro
52. Stadt Gütersloh: 457 465,39 Euro
53. Stadt Hagen: 2 033 372,30 Euro
54. Stadt Hamm: 825 399,68 Euro
55. Stadt Herne: 1 308 652,00 Euro
56. Stadt Hilden: 331 630,61 Euro
57. Stadt Hürth: 303 544,86 Euro
58. Stadt Kevelaer: 30 960,58 Euro
59. Stadt Köln: 15 401 442,79 Euro
60. Stadt Krefeld: 2 070 463,04 Euro
61. Stadt Lemgo: 261 247,78 Euro
62. Stadt Leverkusen: 1 346 207,56 Euro
63. Stadt Minden: 322 705,85 Euro
64. Stadt Mönchengladbach: 1 690 467,75 Euro
65. Stadt Monheim am Rhein: 394 754,61 Euro
66. Stadt Mülheim an der Ruhr: 1 554 777,22 Euro
67. Stadt Münster: 2 421 211,89 Euro
68. Stadt Neuss: 1 304 906,91 Euro
69. Stadt Oberhausen: 1 804 300,80 Euro
70. Stadt Paderborn: 1 009 887,41 Euro
71. Stadt Remscheid: 722 380,73 Euro
72. Stadt Rheine: 326 144,58 Euro
73. Stadt Solingen: 1 499 755,02 Euro
74. Stadt Velbert: 519 934,17 Euro
75. Stadt Viersen: 351 763,45 Euro
76. Stadt Wesseling: 74 740,72 Euro
77. Stadt Wuppertal: 3 149 265,16 Euro
78. Städteregion Aachen: 1 449 166,08 Euro“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt vorbehaltlich des Satzes 2 am Tag nach der Verkündung in Kraft. Artikel 1 Nummer 2 tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.

Düsseldorf, den 13. Dezember 2022

Der Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen

Oliver K r i s c h e r

3. Änderung des Regionalplans Düsseldorf im Gebiet der Stadt Monheim am Rhein

Vom 7. Dezember 2022

Der Regionalrat Düsseldorf hat in seiner Sitzung am 22. September 2022 die 3. Änderung des Regionalplans Düsseldorf im Gebiet der Stadt Monheim am Rhein (Erweiterung GIB Alfred-Nobel-Straße) festgestellt.

Diese Änderung hat mir die Regionalplanungsbehörde Düsseldorf mit Bericht vom 28. September 2022 – Aktenzeichen: 32.01.02.01-03. RPÄ – gemäß § 19 Absatz 6 des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen vom 3. Mai 2005 (GV. NRW. S. 430), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Juli 2021 (GV. NRW. S. 904) geändert worden ist, angezeigt.

Die Bekanntmachung erfolgt nach § 14 Satz 1 des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen durch Veröffentlichung im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen.

Gemäß § 14 Satz 3 des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen wird die Änderung des Regionalplans bei der Bezirksregierung Düsseldorf (Regionalplanungsbehörde) zur Einsicht für jedermann niedergelegt.

Die Änderung des Regionalplans wird gemäß § 10 Absatz 1 des Raumordnungsgesetzes vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 3. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2694) geändert worden ist, mit der Bekanntmachung wirksam. Damit sind die Ziele gemäß §§ 4 und 5 des Raumordnungsgesetzes zu beachten.

Ich weise darauf hin, dass gemäß § 11 Absatz 5 Satz 1 des Raumordnungsgesetzes (ROG) eine nach § 11 Abs. 1 Nr. 1 und 2 ROG beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, nach § 11 Abs. 3 ROG beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, eine nach § 11 Abs. 4 ROG beachtliche Verletzung der Vorschriften über die Umweltprüfung sowie die Entwicklung des Regionalplanes aus dem Landesentwicklungsplan, dessen Unwirksamkeit sich wegen Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften herausstellt (gemäß § 15 des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen), unbeachtlich wird, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Regionalplanänderung gegenüber der Bezirksregierung Düsseldorf (Regionalplanungsbehörde) unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden ist.

Gegen die 3. Änderung des Regionalplans Düsseldorf kann Klage vor dem Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen erhoben werden. Die Klage ist innerhalb eines Jahres nach Bekanntmachung zu erheben.

Düsseldorf, den 7. Dezember 2022

Die Ministerin
für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen

Im Auftrag
Dr. Alexandra R e n z

– GV. NRW. 2022 S. 1102

Einzelpreis dieser Nummer 4,65 Euro
zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für
Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 38 (8.00–12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf
Bezugspreis halbjährlich 38,50 Euro (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 77.– Euro (Kalenderjahr), zahlbar im Voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.
Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 41, 40237 Düsseldorf

Von Vorabesendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur auf Grund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Im Namen der Landesregierung, das Ministerium des Innern NRW, Friedrichstr. 62–80, 40217 Düsseldorf.

Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 82, 40237 Düsseldorf

Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-5359